

Housing Action Day – hier und überall, heute und immer...

Unter den dramatischen Entwicklungen der Coronakrise haben auch und vor allem soziale und politische Bewegungen zu leiden, deren Bewegungs – und Aktionsfreiheit gerade erheblich eingeschränkt ist.

Deshalb hat auch das große Bündnis für den Housing Action Day am 28. März 2020 beschlossen, auf die geplanten großen Demonstrationen und Aktionen zu verzichten.

Gleichzeitig verweist das Bündnis auf der Pressemitteilung – siehe unten – darauf, dass es gerade jetzt wichtig ist, dass in den Städten Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um Zwangsräumungen zu verhindern, Wohnungslosen zu helfen, ein Moratorium für Mieten zu erlassen und zweckentfremdete Wohnungen wieder für Menschen nutzbar zu machen.

Diesen Forderungen schließen wir uns als Netzwerk „Stadt für alle“ an und fordern den Oberbürgermeister der Stadt und die Verwaltung zum sofortigen Handeln auf:

- **Keine Zwangsräumungen, keine Stromabschaltungen.**
- **Gemeinschaftsunterkünfte auflösen, die Menschen in Wohnungen, die bisher als Ferienwohnungen genutzt wurden unterbringen.**
- **Sofortiger Verzicht auf Mieterhöhungen für die Zeit der Krise.**
- **Keine Baugenehmigungen für stadtpolitisch umstittene Projekte.**

<https://www.housing-action-day.net/>

Beiträge

Veröffentlicht am [März 17, 2020](#)

Pressemitteilung

17. März 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Covid-19-Virus hat bundesweit für einen Ausnahmestand
gesorgt.

Da große Veranstaltungen und öffentliche Versammlungen
inzwischen

flächendeckend untersagt sind, hat das bundesweite
Aktionsbündnis gegen

Verdrängung und Mietenwahnsinn in Absprache mit dem
Aktionsbündnis

„Wohnen ist Menschenrecht!“ entschieden, die geplanten
Demonstrationen

zum Housing Action Day zu verschieben.

Dennoch ruft das Bündnis zu gemeinsamen, aber risikolosen
Aktionen am

28. März auf, um zu zeigen, dass die Wohnungsfrage heute
wichtiger ist

denn je: Wohnen für Menschen, statt für Profite! Welche
alternativen

Aktionsformen geplant sind, gibt das Bündnis spätestens Anfang
nächster

Woche bekannt.

Menschen mit Vorerkrankungen sind oft dieselben, die unter
Armut,

prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Wohnungslosigkeit
leiden. „Die

in unserem Bündnis versammelten Initiativen und Organisationen
solidarisieren sich mit allen, die erkrankt sind oder zu

Risikogruppen

gehören“, so Felix Wiegand, ein Sprecher des Bündnisses. „Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität, um geschützt zu werden.“

Das Aktionsbündnis aus mehr als 100 Initiativen in 38 Städten fordert Politik und Wirtschaft auf, fürsorglich und solidarisch zu handeln und entsprechende Sofortmaßnahmen zu ergreifen. COVID-19 beweist, wie wichtig unser Wohnraum auch als Schutzraum ist. Wohnraum ist ein Menschenrecht und Grundbedürfnis. Besonders in Krisenzeiten darf Wohnraum nicht als Ware behandelt werden. Mehr denn je zeigt sich für alle, wie existenziell die Wohnungsfrage ist!

Schon jetzt verlieren Menschen ihre Jobs, haben mit Kurzarbeit geringere Einkommen oder sind als Freiberufler*innen, Kulturschaffende oder Kleingewerbetreibende in akuter Notlage. So wird sich auch die Wohnungskrise verschärfen. Die Immobilienwirtschaft muss endlich Verantwortung übernehmen: indem sie auf ihre Profite durch Mieteinnahmen verzichtet. „Unsere Botschaft an Immobilienwirtschafts- und Vermieterverbände, an Strom-, Wasser- und Gasversorger, an Banken, Gerichte und Gerichtsvollzieher_innen: Wir tragen ALLE die Verantwortung für die Lösung dieser Krise. Handelt entsprechend!“, so Christina Zeh

vom bundesweiten Bündnis.

„Solange Wohnraum eine Ware ist, werden wir uns aktiv unter dem Motto

„Wohnen für Menschen, statt für Profite“ widersetzen. Die Demonstrationen sind nur verschoben. Die Wohnungskrise ist nicht gelöst.

Wir werden wieder auf die Straße gehen, gemeinsam, hier in Deutschland und in ganz Europa.“

Ein Statement, das am heutigen Dienstag vom Bündnis veröffentlicht wurde, schließt mit konkreten Forderungen:

- Sofortiger Stopp von Räumungsklagen und Zwangsräumungen!
- Sofortiges Moratorium für Mieten- und für Hypothekenzahlungen!
- Erlass von Mietschulden!
- Keine Energie- und Wassersperren!
- die Auflösung von Sammelunterkünften wie Lagern und die menschenwürdige Unterbringung!
- die Beschlagnahmung von leerstehenden Wohnungen sowie Ferienwohnungen!
- die Legalisierung von Besetzungen leerstehender Wohnungen und Häuser!
- einen Solidarfonds für Kleingewerbetreibende, Freiberufler_innen, Kultur- und soziale Einrichtungen!

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

////////////////////////////////////

Kontakt:

Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn

E-Mail: info@housing-action-day.net

Telefon: 0157 306 32 392